



An
Stadt Glinde
-Ordnungsamt-
Markt 1
21509 Glinde

Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1 Gaststätten-gesetz (GastG)

- Gleichzeitig wird eine vorläufige Erlaubnis nach § 11 GastG beantragt.
- Es wird eine Stellvertretererlaubnis nach § 9 GastG beantragt.
- Die Erlaubnis soll befristet werden bis _____.

1. Angaben zum/zur Antragssteller/in bzw. vertretungsberechtigten Person der juristischen Person/des nicht rechtsfähigen Vereins (natürliche Person)

Bei mehreren Antragstellerinnen/Antragstellern oder Gesellschafterinnen/Gesellschaftern, etc. sind Nr. 1 und 2 dieses Antrages für jede Person auszufüllen (separates Antragsformular)

Familiennamen / ggf. Geburtsname		Vorname	
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit	
Anschrift (Straße, HausNr., PLZ, Wohnort)			
vorherige Anschrift/en (wenn nicht länger als 3 Jahre zurückliegend)			
Telefon		E-Mail	

Angaben zum/zur Antragssteller/in (juristische Person)

Name der Firma / des Vereins		
Handelsregistereintrag in	Handelsregister Nr.	Eintragung am
Firmenanschrift / Vereinsanschrift (Straße, HausNr., PLZ, Ort)		

Wurde/Wird bereits eine Gaststätte selbstständig betrieben?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
Wenn ja, Name/n und Anschrift/en der Gaststätte/n:		

2. Angaben zur Zuverlässigkeit

Liegen rechtskräftige Verurteilungen vor oder sind Strafverfahren anhängig? Falls ja, bei folgender Staatsanwaltschaft/Behörde:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Sind Bußgeldbescheide wegen Verstößen bei gewerblichen Tätigkeiten erlassen worden oder sind Bußgeldverfahren anhängig? Fall ja, bei folgender Behörde:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Ist ein Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung anhängig oder wurden gewerberechtliche Erlaubnisse widerrufen? Falls ja, bei folgender Behörde:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wurde in den letzten 5 Jahren ein Verfahren auf Abgabe der Eidesstattlichen Versicherung gem. § 802c Zivilprozessordnung eingeleitet oder durchgeführt? Falls ja, bei folgender Behörde:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Bestehen Rückstände von Steuern oder anderen öffentlichen Abgaben/Forderungen? Falls ja, bei folgender Behörde und in folgender Höhe:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

3. Angaben zum Betrieb

<input type="checkbox"/> Es handelt sich um eine Neuerrichtung des Betriebes. Name des Betriebes _____	
Anschrift des Betriebes: _____	
<input type="checkbox"/> Es handelt sich um die Übernahme eines laufenden Betriebes. Name des Betriebes _____ <input type="radio"/> Der Betriebsname des alten Betriebes bleibt erhalten. <input type="radio"/> Der Betriebsname wird wie folgt geändert: _____	
<input type="checkbox"/> Es ist die Beschäftigung von Mitarbeitern vorgesehen. Anzahl der geplanten Mitarbeiter: _____	
Werden Speisen abgegeben? Wenn ja, welche Art von Speisen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Geplante Eröffnung / Übernahme des Betriebes am:	
Geplante Öffnungszeiten des Betriebes:	
ggf. Ruhetag: _____	
Telefonnummer des Betriebes:	

4. Anzahl und Lage der Betriebsräume

Bezeichnung	Raum Nr.	Lage/Etage	Grundfläche	Bemerkungen
Schank- und Speiseräume				
Gastraum 1			m ²	
Gastraum 2			m ²	
Außenterrasse*			m ²	
Veranstaltungsraum			m ²	
			m ²	
Nebenträume				
Küche			m ²	
Kühlraum			m ²	
Lageraum			m ²	
			m ²	
Personalräume				
Aufenthaltsraum			m ²	
Büro			m ²	
Personaltoilette			m ²	mit ___ Sitzbecken und ___ Urinalen
			m ²	
Gästetoiletten				
Damentoilette			m ²	mit ___ Sitzbecken
Herrentoilette			m ²	mit ___ Sitzbecken und ___ Urinalen
			m ²	
sonstige dazugehörige Räume				
			m ²	
			m ²	
			m ²	

*gewünschte Öffnungszeit der Außenterrasse: _____

Lageplan (Maßstab 1 : 500), Grundrisse und Schnitte sind beizufügen!

5. Unterlagen

Folgende Unterlagen sind mit dem Antrag einzureichen:

- Polizeiliches Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde (bei jur. Personen für gesetzl. Vertretung)
 ist beigefügt wird nachgereicht.

- Auszug aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (bei jur. Personen für gesetzl. Vertretung)
 ist beigefügt wird nachgereicht.
- Auszug aus dem Handelsregister (bei juristischen Personen)
- Bescheinigung in Steuersachen (zu beantragen beim für den Wohnsitz bzw. Betriebssitz zuständigen Finanzamt)
 ist beigefügt wird nachgereicht.
- Auskunft des zuständigen Amtsgerichtes über Einträge im Schuldnerverzeichnis
 ist beigefügt wird nachgereicht.
- Nachweis über die Unterrichtung im Gastgewerbe der Industrie- und Handelskammer
 ist beigefügt wird nachgereicht.
- Nachweis über die Belehrung nach § 43 des Infektionsschutzgesetzes (bei Umgang mit Lebensmitteln – auch Milch, Milcherzeugnissen)
 ist beigefügt wird nachgereicht.
- Kopie eines Ausweisdokumentes (bei Ausländern u. Staatenlosen auch die Aufenthaltserlaubnis)
 ist beigefügt wird nachgereicht.
- Lageplan und Grundrisse der Betriebsräume
 ist beigefügt wird nachgereicht.

6. Datenschutzhinweis:

Rechtsgrundlage und Zweck der Datenerhebung:

Wer ein Gaststättengewerbe im Sinne des Gaststättengesetzes (GastG) betreiben will, bedarf einer Erlaubnis nach § 2 Abs. 1, § 9, § 11 oder § 12 Abs.1 GastG.

Die mit dem Antragsvordruck erhobenen Daten dienen ausschließlich der Feststellung der persönlichen Zuverlässigkeit der Antragstellerin oder des Antragstellers, der Antragsberechtigung, der Beurteilung der Eignung der für den Betrieb vorgesehenen Räume sowie der Überwachung der Gewerbeausübung. Die personenbezogenen Daten werden nach den Vorschriften des § 11 der Gewerbeordnung in Verbindung mit § 31 des Gaststättengesetzes erhoben und verarbeitet.

Weiterverarbeitung der Daten im gaststättenrechtlichen Verfahren:

Antragstellerinnen oder Antragsteller haben grundsätzlich selbst die für das Antragsverfahren erforderlichen Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen beizubringen. Folgende Behörden werden von der Erlaubnisbehörde beteiligt:

- a) Die **örtlich zuständigen Ordnungsbehörden** des jetzigen und ggf. des früheren Wohn- und/oder Betriebssitzes,
- b) die für den Betriebsort zuständige **untere Bauaufsichtsbehörde**, ggf. die **für den Arbeitsschutz zuständige Behörde** (bei vorgesehener Beschäftigung von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern) sowie das **Gesundheitsamt** und die **Lebensmittelbehörde** (im Falle einer Schank- oder Speisewirtschaft).

Ist die Beteiligung weiterer Stellen für das Antragsverfahren erforderlich, so wird die Antragstellerin oder der Antragsteller darüber unterrichtet.

Nach Abschluss des Verfahrens werden folgende Behörden über die Erteilung der Erlaubnis unterrichtet:

Örtliche Ordnungsbehörde durch Zweitschrift des Erlaubnisbescheides mit Anlagen. Untere Bauaufsichtsbehörde, die für den Arbeitsschutz zuständige Behörde, Lebensmittelüberwachungsbehörde und - bei ausländischen Antragstellerinnen oder Antragstellern - die Ausländerbehörde durch formlose Mitteilung ohne Anlagen, soweit diese Behörden am Antragsverfahren beteiligt worden sind. Dem zuständigen Finanzamt wird lediglich von befristeten Erlaubnissen eine entsprechende Zweitschrift ohne Anlagen übersandt. Auf die Einhaltung der steuerlichen Aufzeichnungs- und Erklärungspflichten in diesen Fällen wird hiermit hingewiesen (Mitteilungsverordnung vom 7. September 1993 - BGBl. I S. 1554).

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit meiner Angaben. Mir ist bekannt, dass ich den Betrieb eines Gaststättengewerbes erst mit der Erteilung der Gaststättenerlaubnis bzw. der vorläufigen Gaststättenerlaubnis beginnen kann. Die Datenschutzhinweise habe ich zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift